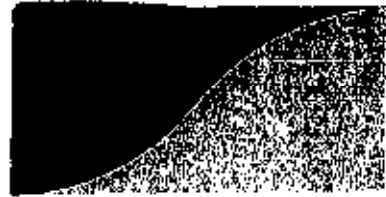


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848 ppbn d



## Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski  
MdB würdigt Walter Hall-  
stein: Mahner für Europa;  
Seite 1

Annemarie Renger MdB un-  
terstreicht, daß die Gen-  
fer Verhandlungen bereits  
zur Substanz vorgestoßen  
sind: Verfehlte Vorurteil-  
e entkräftet.  
Seite 2

Helmut Rohde MdB sieht  
im Münchener Parteitag  
mehr als ein Personal-  
karussell: Konkrete Auf-  
träge entwickeln.  
Seite 4

Heinz Rapp MdB zu einem  
Aufruf der deutschen Ka-  
tholischen Bischöfe:  
Pastorale Anregungen zum  
Problem der Arbeitslosig-  
keit.  
Seite 5

Karl-Heinz Hiersemann MdL  
fragt, ob der Freistaat  
Bayern Zentrum der neuen  
Hitler-Bewegung ist: Wei-  
tere faschistische Mord-  
listen im Umlauf.  
Seite 7

### Dokumentation

Willy Brandt zum Tode von  
Fritz Eberhard.  
Seite 9

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 64

2. April 1982

Mahner für Europa

-----  
Abschied von Professor Walter Hallstein

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB  
Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheits-  
politik der SPD-Bundestagsfraktion

Mit dem Staatsakt für den verstorbenen Professor Walter  
Hallstein nimmt die Öffentlichkeit Abschied von einem  
Europäer der ersten Stunde.

Von Walter Hallstein gingen nicht nur Impulse für ein ver-  
einigtes Europa aus. Er hatte sehr schnell und weitsichtig  
erkannt, daß die Folgen des Zweiten Weltkriegs nur durch  
die Wiedereingliederung unseres Staatswesens in die Völker-  
gemeinschaft überwunden werden konnten. Ein einiges Europa  
war dazu für Hallstein Voraussetzung, für dessen Verwirk-  
lichung er unermüdlich gewirkt hat - als Promotor der Ade-  
nauerpolitik der Westintegration und vor allem als Präsi-  
dent der EG-Kommission über vier Amtsperioden.

Trotz Enttäuschungen in seinem insgesamt erfolgreichen prakti-  
schen Wirken hat Professor Hallstein die Vision eines förde-  
rativen Europa mit einem Teilverzicht auf nationale Souverä-  
nität nicht aufgegeben. Er war darin - gerade in schwierigen  
Zeiten - immer wieder Mahner und sollte uns heute, da  
die Europäische Gemeinschaft in der Krise steckt und nation-  
ale Alleingänge das Einigungswerk gefährden - ermutigendes  
Beispiel sein.

Als Baumeister der Europäischen Gemeinschaft verdient Walter  
Hallstein auch von Andersdenkenden Respekt.

(-/2.4.1982/ks/ca)

+ + +



**Verfehlte Vorurteile entkräftet**

---

**Die Genfer Verhandlungen sind bereits zur Substanz vorgestoßen**

Von Annemarie Renger MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses

Die Bundesregierung hat auf Fragen von Karsten Voigt und mir nach dem Stand der Genfer Verhandlungen und nach den Beweggründen für die Bewertung des sowjetischen Vorschlags eines Moratoriums geantwortet.

Danach sind Urteile oder Vorhersagen, der Verhandlungsteil des NATO-Doppelbeschlusses werde nicht ernstgenommen, weil die Nachrüstung Vorrang habe, verfehlt. Wer den Gang von Abrüstungsverhandlungen zum Beispiel in Wien kennt, mußte befürchten, daß auch die Genfer Verhandlungen erst zu einer langwierigen Diskussion über Waffendaten werden könnte, die in der Sache nicht weiterführten. Diese Befürchtung scheint gegenstandslos. Die Bundesregierung hat geantwortet, daß die Genfer Verhandlungen über die Begrenzung nuklearer Mittelstreckenwaffen schon jetzt zur Erörterung der für die Klärung der beiderseitigen Substanzpositionen wichtigen Fragen vorgedrungen sind und daß kein Anlaß zu der Befürchtung besteht, die zeitgerechte Erreichung der angestrebten Verhandlungsziele könne durch die Verhandlungspause erschwert werden. Das bestätigt auch die Mitteilung, daß die für die Begleitung der Verhandlungen zuständige besondere Beratungsgruppe nächste Woche zusammentreten wird, um im Allianzrahmen die zweite Verhandlungsrunde vorzubereiten.

Aus der Antwort geht weiter hervor, daß die USA das Konzept der NATO, also auch der europäischen Verbündeten, vertritt und damit behauptete Interessengegensätze zum Nachteil Europas innerhalb der Allianz nicht bestehen.

Die offensichtlich enge Absprache der amerikanischen Verhandlungsposition mit den Europäern und speziell auch mit der Bundesregierung macht Befürchtungen gegenstandslos, die USA könnten sich mit der UdSSR über die Köpfe Europas hinweg auf dem Gebiet der nuklearen Mittelstreckenraketen, von dem Europa in ganz besonderem Maße betroffen ist, einigen.

Der Moratoriumsvorschlag der UdSSR für atomare Mittelstreckenraketen in Europa wurde von der Bundesregierung sehr sorgfältig geprüft. Aber auch intensivste Nachfragen beim sowjetischen Außenminister Gromyko und beim Botschafter der Sowjetunion in der Bundesrepublik konnten allerdings den als Hauptnachteil erkannten Teil dieser Entscheidung nicht ausräumen: Die Sowjetunion macht das Wirksamwerden ihres Moratoriums davon abhängig, daß der Westen alle Vorbereitungsarbeiten für die Stationierung eigener atomarer Mittelstreckenwaffen unterläßt.

Man muß der Bundesregierung bescheinigen, daß sie den Moratoriumsvorschlag der Sowjetunion sorgfältig geprüft hat. Das Verhalten der Bundesregierung entspricht dem Beschluß der SPD vom Dezember 1979 und dem Leit Antrag für München. Danach ist ein Moratorium nicht möglich, wenn es zur bloßen Festschreibung des status quo der Mittelstreckenrake-



tenrüstung mit dem Übergewicht für die Sowjetunion führt. Denn dadurch würden Abrüstungsmöglichkeiten nicht verbessert, die Furcht unseres Kontinents nicht gebannt. Bei fortschreitendem Verhandlungsprozeß zu überprüfbareren Vereinbarungen zu kommen, ist dagegen möglich, wenn es das Ziel der Genfer Verhandlungen fördert. Der Bundesregierung geht es nach ihrer Antwort darum, ob die Sowjetunion zu einer tatsächlichen Verminderung der Zahl ihrer Mittelstreckenraketen im Rahmen der Genfer Verhandlungen bereit ist. Nicht zuletzt die Tatsache, daß die USA der Sowjetunion am 2. Februar 1982 ein Rüstungskontrollangebot gemacht hat, das nach Auffassung der Bundesregierung "fair, praktikabel und trotzdem sehr weitgehend" ist, zeigt deutlich, wie ernsthaft in Genf verhandelt wird.

In dieser Situation muß es die Verhandlungen stören, wenn die in Gang gekommenen Abrüstungsverhandlungen von westlichen Politikern als sinnlos abgetan und als bloßes Geplänkel zur Beruhigung der Menschen dargestellt werden.

Die Erklärung von Präsident Reagan vom 31. März auf einer Pressekonferenz hat außerdem gezeigt, daß die amerikanische Haltung offensichtlich nicht im Widerspruch zur deutschen Regierungspolitik steht. Präsident Reagan hat in dieser Erklärung seinen Willen bekräftigt, sich für die Reduzierung von Atomwaffen einzusetzen und hat dabei auch auf eine Resolution von Senatoren und Abgeordneten in Senat und Repräsentantenhaus Bezug genommen, die eine größere verifizierbare Reduktion amerikanischer und sowjetischer Atomwaffen fordert. Er hat damit auf eine Bewegung in den USA verwiesen, die es ihm auch innenpolitisch gebietet, Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion sehr ernsthaft zu führen.

Die Unterstellung der Opposition, daß es zwischen der Regierungspolitik der USA und der Bundesrepublik einen grundsätzlichen Dissens gibt, ist damit offensichtlich widerlegt.

(-/2.4.1982/ks/ca)

+ + +



**Konkrete Aufträge entwickeln**  
-----**Münchener Parteitag mehr als Personalkarussell**

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Wer heutzutage die Zeitung liest, muß den Eindruck gewinnen, auf dem bevorstehenden Münchener Parteitag der SPD gehe es in erster Linie um neue Personalien und um außenpolitische Entscheidungen. Mehrspaltig wird mitgeteilt, wer wen gern abgelöst sähe und wer an welche neuen Stellen kommen solle. Zugleich erwecken Meldungen und Kommentare die Vorstellung, daß sich die ganze Beschäftigungspolitik der 80er Jahre auf das reduzieren könne, was man die Zumutbarkeit gegenüber den Arbeitslosen nennt und was in Zukunft Unternehmen melden sollen.

Dies ist eine seltsame Gemengelage - jedenfalls was unsere Interessen, die Auffassungen der sozialdemokratischen Arbeitnehmer, angeht. Wir fahren nach München in der Erwartung, daß hier die Sozialdemokraten ihre Vorstellungen für die Politik des wirtschaftlichen Wandels und arbeitsmarktpolitische Initiativen konkretisieren sowie die sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen aus der Anwendung neuer Technologien in der Arbeitswelt ziehen. Diese Fragen werden auf den Münchener Parteitag so einwirken, daß sie unüberhörbar sind.

Sicher gehören auch personelle Veränderungen in den demokratischen Entscheidungsreich. Nur ersetzen sie nicht die Veränderung und die Reform der Sache selbst. Wir haben da unsere Erfahrungen. Wir setzen nicht allein aufs Personalkarussell.

Das Bestreben der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) wird sein, auf dem Parteitag im Bereich Beschäftigung und Arbeitsmarkt zu neuen Festlegungen und konkreten Aufträgen an den künftigen Parteivorstand zu kommen. Nicht allein in der Analyse stecken zu bleiben, sondern Vorhaben und Handlungen zu entwickeln, die sich Schritt für Schritt sozialökonomisch vernünftig auswirken, wird in München durch keine ander Art von Diskussion ersetzt werden können. (-/2.4.1982/ks/ca)

+ + +



**"Pastorale Anregungen zum Problem der Arbeitslosigkeit"**  
-----

**Zu einem Aufruf der deutschen Katholischen Bischöfe an ihre Gläubigen  
zur Hilfe für Arbeitslose**

Von Heinz Rapp MdB

Appelliert wird viel, und vieles davon geht rasch verloren - wenn aber die Deutsche Bischofskonferenz in Anknüpfung an die allenthalben sehr beachtete und gerühmte Sozialenzyklika LABOREM EXERCENS vor kurzem die Priester, Pfarrgemeinden und katholischen Verbände mit "Pastoralen Anregungen zum Problem der Arbeitslosigkeit" zur praktischen Hilfe für Arbeitslose angehalten hat, sollte das - schon um der Berufung auf eben jene Sozialenzyklika willen - festgehalten werden.

Daß die Beseitigung von Arbeitslosigkeit vor allem anderen Vorrang hat, wird durch die Zitierung von Papst Johannes Paul II. bezeugt: "Die Arbeit ist ein Gut für den Menschen - für das Menschsein -, weil er durch die Arbeit... sich selbst als Mensch verwirklicht, ja gewissermaßen 'mehr Mensch' wird". Arbeitslosigkeit ist nicht nur der materiellen Einbußen, sondern ebenso der enormen psychologischen Belastungen der von ihr Betroffenen wegen zu bekämpfen - Belastungen, die unterschiedlich verkräftet (oder auch nicht verkräftet) werden. Jenen aber - da werden die "Pastoralen Anregungen" sehr konkret -, deren "Hoffnung auf die Zukunft ihrer Arbeitslosigkeit wegen gelähmt" ist, ist in christlicher - in allgemein-menschlicher - Solidarität zu helfen:

- Vorurteile sind abzubauen: Wenn 90 Prozent aller Arbeitslosen sich zusätzlich zu den Anstrengungen des Arbeitsamtes um einen Arbeitsplatz bemühen, muß die Kirche "auf die Menschen einwirken, damit weder offen noch versteckt den Arbeitslosen der Stempel der Leistungsunwilligkeit aufgedrückt wird".
- Sozialer Isolierung ist entgegenzuwirken: Nicht Mitleid, sondern verständnisvolle Zuwendung ist gefordert, damit Arbeitslose ihre eigene Lage nicht als Makel empfinden, dessetwegen sie sich zurückziehen, Kontakte scheuen, sich isolieren und damit isoliert werden - mit verheerenden Gefahren etwa auch für ihre Ehe und Familie.
- Darüber hinaus kann konkret geholfen werden beim Umgang mit Behörden, durch Weitergabe von Informationen über den örtlichen und regionalen Arbeitsmarkt, durch Angebote von Bildungsmaßnahmen unter Umständen auch der Pfarrgemeinden und der Verbände



zur Unterstützung der Bemühungen der Arbeitsämter um berufliche Weiterbildung, durch das Arrangieren von Treffen zwischen Arbeitslosen einerseits, Arbeitgebern, Gewerkschaftern, Vertretern von Kammern andererseits, durch direkte Vermittlungsbemühungen in besonders dringenden Fällen, durch Hilfen der Caritas, wo besondere finanzielle Schwierigkeiten auftreten.

- Sinnvoll Arbeitslose in die Gemeindegarbeit einbeziehen: Nicht etwas "für die Arbeitslosen" tun, sondern die Freizeit sinnvoll "mit den Arbeitslosen" gestalten.
- Besonderen Gruppen von Arbeitslosen besonders helfen: Jugendlichen Arbeitslosen, älteren, ausländischen, behinderten Arbeitslosen.

Es muß Einhalt geboten werden der Segmentierung der Gesellschaft in Stammebelegschaften und Randbelegschaften und dann weiter in Arbeitsplatzbesitzer und dauerhaft Arbeitslose. Dazu ist Solidarität in vielfältiger Hinsicht gefordert,

- politische Solidarität - sie ist in aller Munde: Solidarische Lastentragung für beschäftigungspolitische Maßnahmen, bei der Arbeitszeitverkürzung, bei Tarifverhandlungen,
- aber auch die allgemein-menschliche Solidarität der alltäglichen Hilfe für die vom Schicksal der Arbeitslosigkeit Betroffenen: Man kann, man darf sie nicht an irgendwelche Zuständigkeiten abschleben wollen, die gibt es nämlich nicht, sie will in der Liebe zum Nächsten persönlich erbracht sein.

Die Bischöfe fordern die Gläubigen mit der Dringlichkeit der christlichen Botschaft: "Die Liebe Christi drängt uns". Ob man beim Katholikentag im September dieses Jahres in Düsseldorf schon Erfahrungen austauschen kann? Sie könnten Ansporn und Anregung auch für andere sein.

(-/2.4.1982/ks/ca)

+ + +



**Weitere faschistische Mordlisten im Umlauf**  
-----**Ist der Freistaat Bayern Zentrum der neuen Hitler-Bewegung?**

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

Ein Bombenanschlag auf den Oberrabbiner Wiens, Akiba Eisenberg, Anfang Februar dieses Jahres ließ die Bedeutung einer Liste erkennen, die zusammen mit der Zeitschrift "österreichischer Beobachter, 5. Folge, 2. Jahrgang, erscheint im Untergrund" verschickt wurde. Im Untertitel des "österreichischen Beobachters, der im Dritten Reich ein Ableger des "Völkischen Beobachters" im Nachbarland war; "Kampfblatt der NSDAP (Hitlerbewegung) in Österreich - Jänner (Eismond) 1982 - (92. Jahr des Führers)". Eisenberg taucht zusammen mit rund 120 weiteren Personen und Organisationen in dieser Liste auf, die offenbar mögliche Ziele von Anschlägen nennt. Die Adressen - etwa 100 österreichische und 20 bundesdeutsche Anschriften - sind auf fünf hektografierten Seiten in heillosem Durcheinander festgehalten und betreffen zum großen Teil, wenn auch nicht ausschließlich, jüdische Einrichtungen und Organisationen.

In dieser "Mordliste" werden israelische Einrichtungen, jüdische Gemeinden, Organisationen und Institutionen in Österreich und der Bundesrepublik, auch Wissenschaftler, Künstler, Publizisten, Journalisten und Vertreter jüdischer Gemeinden namentlich aufgeführt. Dabei gingen die Verfasser nicht gerade mit der nötigen Sorgfalt ans Werk. So findet sich dort ein "Professor Fritz Muliar", der weder Jude noch Professor ist, sondern Burgschauspieler. André Heller wird als "Sänger, Gaukler, Zionist" bezeichnet, der Schriftsteller Hans Weigel als Schauspieler geführt.

Die SPD hat vom "Pressedienst Demokratische Initiative" (PDI) erfahren - diese Information wurde von mehreren anderen Seiten bestätigt -, daß noch weitere solche Listen kursieren. Bereits im Februar 1979 wurde im Zusammenhang mit Waffenfunden in Hanau eine "Schwarze Liste" mit den Namen von 500 demokratischen Persönlichkeiten entdeckt. Gefunden wurde sie bei der "NS-Gruppe Hanau", die sich auch "Kolonie 88 (die Zahl 88 steht für den achten Buchstaben des Alphabets, "H" für "Heil Hitler" also) nennt. Andere ähnliche Listen, die im Umlauf sind, überschneiden und ergänzen sich mit diesen beiden Listen, enthalten zum Teil die gleichen, zum Teil andere Namen.

Es bestehen deutliche Hinweise, daß die erstgenannte Mordliste zwar in Österreich (oder handelt es sich dabei um ein Tarnmanöver?) verteilt, aber in München hergestellt beziehungsweise gedruckt wurde. Darauf deutet zum einen die Absendeadresse München auf den Poststempeln dieser Sendungen, die der österreichischen Polizei an der Grenze aufgefallen ist, hin. Zum anderen scheint aber auch der "österreichische Beobachter" in München gedruckt worden zu sein.

Drei der Adressen, die auf dieser Liste auftauchen, finden sich in Bayern. Es ist eine Organisationsgliederung des jüdischen Frauenverbandes, einer sozialen und caritativen Einrichtung in München (einschließlich des Namens eines Mitarbeiters aus der Geschäftsleitung), eine jüdische Zeitschrift, die in Rothenburg ob der Tauber gedruckt und hergestellt wird, sowie ein prominentes Mitglied der israelitischen Kultusgemeinde, das auch in Verfolgtenorganisationen aktiv war, aber bereits vor drei Jahren verstorben ist. Weitere bundesdeutsche Adressen befinden sich in Bonn-Bad Godesberg, Frankfurt, Düsseldorf und Berlin.



"Zutiefst besorgt" zeigt sich die israelitische Kultusgemeinde über das Auftauchen dieser Mordliste: "Dieses Sammelsurium von Institutionen, Organisationen und Personen ist nicht sehr sorgfältig erstellt; wir sind aber beunruhigt, daß es solche Listen überhaupt gibt." Gleichzeitig sieht die jüdische Gemeinde, daß nazistische Tendenzen nicht nur nach wie vor sehr stark sind, sondern sich gerade jetzt in einem Aufbaustadium befinden: "Gewisse Dinge sind in Bewegung geraten."

Nach diesen ihm zugegangenen Informationen fordert die SPD von Bayerns Innenminister Tandler einen raschen und umfassenden Bericht im Sicherheitsausschuß speziell über diese "Mordlisten", (möglichst noch in dieser Woche), aber auch über die Veränderungen in der rechtsextremistischen Szene insgesamt. Entsprechende Schreiben gingen am Montag an Tandler und an den Vorsitzenden des Sicherheitsausschusses, Dr. Beckstein (CSU). Neben inhaltlichen Stellungnahmen soll der Innenminister auch erklären, warum sein Haus diese Mordlisten nicht direkt an der Quelle beim PDI, sondern beim Bundeskriminalamt, wo sie noch nicht vorliegen, angefordert hat. Sowohl das Bundeskriminalamt wie auch das österreichische Innenministerium hatten bereits Ende der letzten Woche beim PDI um die Übergabe dieser Liste ersucht. Diese Umständlichkeit der bayerischen Behörden ist unverständlich und angesichts der Brisanz auch unververtretbar.

Wichtig dürften auch Erkenntnisse sein, wonach besonders aktive Rechtsextremisten neuerdings auch mit Linksextremisten und sogar mit Personen aus den alternativen Bewegungen "Aktionseinheiten" bilden oder zu bilden versuchen. Gleichzeitig sollten die Zahlen von Rechtsextremisten überprüft werden. Der PDI, der die rechtsextreme Szene sehr sorgfältig beobachtet, hat hier zum Teil sehr viel höhere Schätzungen über den Organisationsgrad im ultrarechten Bereich vorliegen als die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Land. So hat der PDI elf rechtsradikale Jugendgruppen mit etwa 2.000 bis 3.000 Mitglieder gezählt. In 22 neonazistischen Jugendgruppen finden sich etwa 1.500 bis 2.000 Personen. Die verschiedenen Wehrsportgruppen haben etwa 1.000 bis 1.200 Mitglieder; davon waren in der "Wehrsportgruppe Hoffmann" in deren besten Zeit rund 400 organisiert; nach dem Verbot der Hoffmann-Gruppe sollen sich die meisten Anhänger von Hoffmann nun in der Ingolstädter Gruppe "Stahlhelm" wieder gesammelt und gefunden haben. Weiter berichtet der PDI gegenüber der SPD von 65 rechtsextremen Verlagen und Buchdiensten, die Bücher nicht nur herstellen, sondern auch vertreiben.

Nach vorsichtigen Schätzungen soll es in der Bundesrepublik Deutschland derzeit 200 bis 500 Rechtsextremisten geben, die bereit sind, "alles zu tun". Diesen Personen muß jetzt - nach der Sensibilisierung durch das Oktoberfest-Attentat und durch die Schießerei im letzten Jahr in München mit Rechtsradikalen - verstärkte Aufmerksamkeit zugewandt werden. Hier wächst ein gefährliches neonazistisches Potential heran, das sorgfältig kontrolliert werden muß. Mit Sorge ist erkennbar, daß schon die NPD vielen Leuten offenbar zu lasch ist. Vor allem aus deren Jugendbewegung rekrutieren sich dann die Leute, die unzufrieden mit der "Mutterpartei" NPD in aktivistische rechtsextremistische Zirkel abwandern.

In diesem Zusammenhang eine weitere Information vom PDI: Ein Kieler Student erhielt als "Antwort" auf seine Nachforschungen über das KZ Kiel-Hassee von der "NS-Widerstandsgruppe WEHRWOLF II Gymnasium Stockerau" (bei Wien, Anmerkung der Redaktion) folgenden Drohbrief:

"Judenknecht! Wenn Du mit Deinem widerlichen jiddischen Geblöde nicht Schluß machst, kommen wir einmal in nördliche Gefilde und blasen Dir etwas Blei durch Deinen Schädel! Wir sind 37 Jahre nach dem Tod der Inkarnation unseres Gottes auf Euer Gesabbel wirklich nicht neugierig. Schleicht Euch zu Euren Brüdern nach Israel. Du Hurenkind bist im nächsten Sommer daran. Wir verbringen gerne unseren Urlaub in Kiel."

Nach den bisherigen Erfahrungen dürfte auch dies nicht mehr als leere Drohung abzutun sein.

(-/2.4.1982/ks/ca)

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Zum Tode von Professor Dr. Fritz Eberhard hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ein Beileidsschreiben an Frau Elisabeth Eberhard gerichtet, in dem es unter anderem heißt:

Die Verfassung deutlich geprägt

Fritz Eberhard hat sich weit über politische und Landesgrenzen hinaus große Wertschätzung erworben. Er hat es sich und anderen Zeit seines Lebens nicht leicht gemacht. Sein Lebensweg war über 60 Jahre mit der deutschen Sozialdemokratie verbunden, für die er im Kampf gegen den Nazismus Illegalität und Flucht in Kauf genommen hat.

Nach dem Kriege machte er es sich zu seiner Hauptaufgabe, vor allem publizistisch als Intendant des Süddeutschen Rundfunks, den Aufbau unserer jungen Demokratie aktiv voranzutreiben. Zuvor schon hat sein Beitrag bei den Beratungen des Parlamentarischen Rates über unser Grundgesetz unverwischbare Spuren hinterlassen. Gerade in den Artikeln über die Grundrechte wird seine unverkennbare Handschrift deutlich.

Auf dem Gebiet der Wissenschaft hat sich Fritz Eberhard als Professor für Publizistik an der Freien Universität Berlin Ansehen im In- und Ausland schaffen können. Sein streitbares und von großer Sachkompetenz getragenes Eintreten für Freiheitsrechte haben ihm nicht nur die Sympathie bei großen Teilen der Jugend eingetragen.

Sein Tod reißt nicht nur für uns Sozialdemokraten eine nicht zu schließende Lücke. Unsere Trauer um einen aufrechten Sozialdemokraten verbindet sich mit Dankbarkeit für das, was er in der langen Zeit seines Wirkens für die Menschen in Dienst an der gemeinsamen Sache geleistet hat. (-/2.4.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

